

Potrafke, Niklas; Reischmann, Markus; Riem, Marina; Schinke, Christoph; Streich, David

Article

Wirtschaftslage und Regierungsideologie in Europa

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Potrafke, Niklas; Reischmann, Markus; Riem, Marina; Schinke, Christoph; Streich, David (2014) : Wirtschaftslage und Regierungsideologie in Europa, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 09, pp. 18-25

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165420>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Niklas Potrafke, Markus Reischmann, Marina Riem, Christoph Schinke und David Streich*

Im gegenwärtigen Europawahlkampf vertritt Jean-Claude Juncker die Ansicht, dass europäische Staaten mit konservativen Regierungen bessere wirtschaftliche Daten vorweisen können als Staaten mit sozialistischen Regierungen. Ob Regierungen unterschiedlicher parteipolitischer Zusammensetzung auch unterschiedliche Wirtschaftspolitiken betreiben, wird seit Jahren in der polit-ökonomischen Forschung untersucht. Zwar zeigen die Ergebnisse dieser früheren Studien, dass es in Industrieländern seit Ende des Kalten Krieges kaum Unterschiede zwischen linken und rechten Regierungen in der Wirtschaftspolitik gab und werfen insofern Zweifel an der Aussage Junckers auf. Allerdings gibt es für die erst kürzlich vergangenen Jahre keine empirischen Studien. Für unsere hier vorliegende Analyse haben wir neueste Daten wirtschaftspolitischer Kennzahlen inklusive des Jahres 2013 deskriptiv untersucht. Junckers Aussage wird für Schuldenstands- und Finanzierungssaldoquoten im Zeitraum 1995–2013 bestätigt. Für Primärsaldo-, Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquoten trifft sie nur eingeschränkt zu, für die BIP-Wachstumsraten lässt sie sich nicht bestätigen.

Einleitung

»Lassen Sie Ihren Blick mal über die Landkarte Europas schweifen. Dann werden Sie feststellen, dass die Staaten mit konservativen Regierungen bessere wirtschaftliche Daten vorweisen können als jene unter sozialistischer Führung.« Diese Aussage machte Jean-Claude Juncker, der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission, während des Europawahlkampfes 2014 (Münchner Merkur vom 5. April 2014). Lassen sich wirklich Unterschiede in der Wirtschaftspolitik konservativer und sozialistischer/sozialdemokratischer, bzw. rechter und linker Regierungen beobachten? Und können rechte Regierungen in Europa bessere wirtschaftliche Daten als linke Regierungen vorweisen?¹

Der Zusammenhang zwischen Regierungsideologie und Wirtschaftspolitik wird in den Partisan-Theorien beschrieben (vgl. Hibbs 1977; Alesina 1987). Die grundlegende Hypothese der Partisan-Theorien ist, dass linke Regierungen expansivere Politiken betreiben als rechte Regierungen, bzw. linke Regierungen einen größeren Einfluss des Staates präferieren. Zu expansiven Politiken gehören beispielsweise höhere Staatsausgaben und Steuern, höhere

Verschuldung sowie stärkere Regulierung von Arbeits- und Gütermärkten.²

In früheren Studien wurde gezeigt, dass in den 1970er Jahren vornehmlich linke Regierungen die Staatstätigkeit ausgeweitet haben, während in den 1980er Jahren vornehmlich rechte Regierungen die Staatstätigkeit zurückgefahren haben (vgl. Hicks und Swank 1992; de Haan und Sturm 1994; Potrafke 2009). Mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Dinge verändert. Seit den 1990er Jahren lassen sich kaum Unterschiede in der Wirtschaftspolitik zwischen linken und rechten Regierung beobachten (vgl. u.a. Clark et al. 2002; Potrafke 2009; 2012). Auch Studien, die die letzten 30 Jahre insgesamt betrachten, finden kaum Politikunterschiede zwischen linken und rechten Regierungen (vgl. u.a. Moessinger 2014). Die Finanzkrise ab 2007 hat zu deutlichen Verwerfungen der Wirtschaft geführt, und die Staatsausgaben sind in vielen Ländern aufgrund von Konjunkturpaketen und Bankenrettungsmaßnahmen stark angestiegen.³ Fraglich ist, ob die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu geführt hat, dass rechte und linke Regierungen wieder deut-

* David Streich ist im April und Mai 2014 Praktikant im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

¹ Wir überprüfen Junckers Zitat im Rahmen des ZDF-Formats „#ZDFcheck“.

² Zu politischen Konjunkturzyklen vgl. z.B. de Haan und Klomp (2013) sowie Klomp und de Haan (2013). Mink und de Haan (2006) zeigen, dass Regierungen in der Eurozone vor Wahlen expansive Fiskalpolitiken verfolgt haben.

³ Reischmann (2014) gibt einen Überblick der Extrahaushalte, die zur Finanzierung der Konjunkturpakete und Bankenrettungsmaßnahmen in Deutschland eingerichtet wurden.

lich unterschiedlichere Wirtschaftspolitiken verfolgen.⁴

In Frankreich kam im Mai 2012 die Parti Socialiste (PS) mit Präsident Francois Hollande an die Regierung und löste die konservative Union pour un Mouvement Populaire (UMP) ab. Mit dem Regierungswechsel ging ein deutlicher Ausbau der Staatstätigkeit einher. So wurde zum Jahresbeginn 2014 die Mehrwertsteuer erhöht. Der Spitzensteuersatz wurde zunächst auf 75% erhöht, die Umsetzung der Steuerreform wurde jedoch vom Verfassungsrat als verfassungswidrig beurteilt. Auch nach 2012 verfehlte Frankreich regelmäßig die Maastricht-Defizitgrenze. Möglicherweise wird die Defizitgrenze von 3% des Bruttoinlandsproduktes auch im Jahr 2015 noch nicht erreicht (EU-Kommission 2014). In Deutschland wurde im Jahr 2013 die konservativ-liberale Koalition aus CDU/CSU und FDP durch die große Koalition aus CDU/CSU und SPD abgelöst. Der Koalitionsvertrag der großen Koalition ist durch einen deutlichen Ausbau der Staatstätigkeit gekennzeichnet (vgl. Kauder et al. 2014). Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro, die Mütterrente und die Möglichkeit des vorzeitigen Renteneintritts mit 63 Jahren werden mit einem Anstieg der Staatsausgaben einhergehen. Die erwarteten Ausgabensteigerungen werden wohl durch Neuverschuldung finanziert werden und somit den geplanten Schuldenabbau gefährden (vgl. Gemeinschaftsdiagnose 2014).

Wir untersuchen deskriptiv, ob die Länder der Europäischen Union (EU 28) mit rechten Regierungen im Jahr 2013 und im Zeitverlauf zwischen 1995 und 2013 signifikant unterschiedliche makroökonomische Kennzahlen vorweisen konnten als Länder mit linken Regierungen.

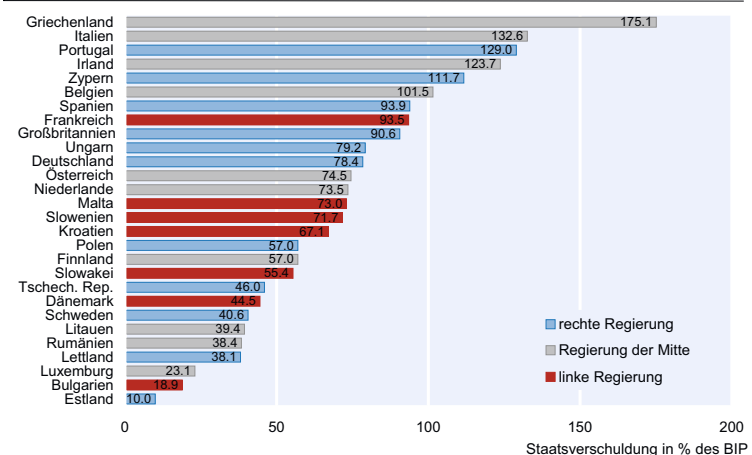
Daten

Makroökonomische Kennzahlen

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in den Ländern der Europäischen Union betrachten wir die makroökonomischen Daten zu Staatsverschuldung, Finanzierungssaldo, Primärsaldo, (realem) Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, die von Eurostat bereitgestellt werden. Die neuen Daten für das Jahr 2013 wurden am 24. April 2014 veröffentlicht. Staatsverschuldung, Finanzierungssaldo und Primärsaldo werden als Anteil am Bruttoinlands-

Abb. 1

Schuldenstandsquoten und Regierungsideologie in den Ländern der EU 28 2013



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

produkt dargestellt. Der Primärsaldo beschreibt den Finanzierungssaldo exklusive der Zinsausgaben.⁵ Während der Finanzierungssaldo die vergangenheitsbezogenen Aufwendungen für Zinsen als Folge früher aufgenommenen Kredite beinhaltet, stellt der Primärsaldo die öffentlichen Aktivitäten eines Jahres dar. Das Wirtschaftswachstum zeigt die jährliche Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes. Die Arbeitslosenquote beschreibt den Anteil der Arbeitslosen an der erwerbstätigen Bevölkerung. Die Jugendarbeitslosenquote beschreibt den Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der erwerbstätigen Bevölkerung unter 25 Jahren.

Regierungsideologie

Wir klassifizieren die Regierungsideologie in den europäischen Ländern anhand der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung und der Sitzanteile der Regierungsparteien in Kabinett und Parlament (vgl. Potrafke 2009). Wir unterscheiden zwischen rechten Regierungen, linken Regierungen und Regierungen der Mitte. Regierungen unter konservativer Führung gelten als rechts, Regierungen unter sozialistischer oder sozialdemokratischer Führung als links. Regierungen, die von Parteien der politischen Mitte geführt werden, und Koalitionsregierungen zwischen rechten und linken Parteien werden als Regierungen der Mitte klassifiziert.

Analyse makroökonomischer Kennzahlen

Daten für 2013

Abbildung 1 zeigt die Staatsverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Schuldenstandsquote) in den Ländern der

⁴ Untersuchungen der Konsolidierungsbemühungen in den deutschen Bundesländern nach der Finanzkrise deuten auf Politikunterschiede zwischen linken und rechten Regierungen hin (vgl. Potrafke et al. 2014).

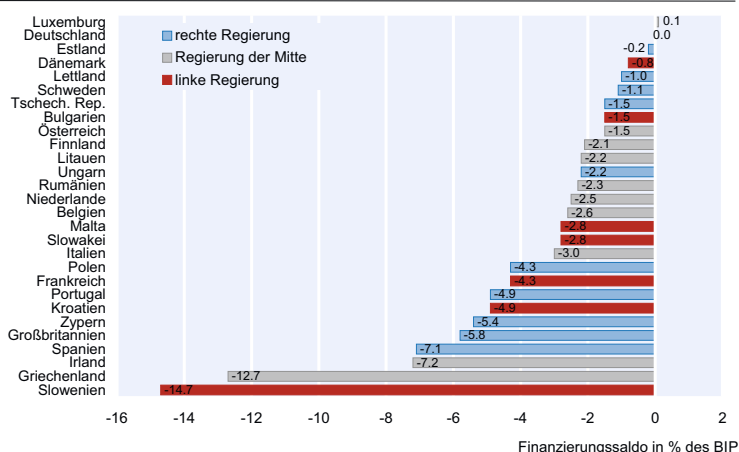
⁵ Die Daten zum Primärsaldo wurden zwischenzeitlich wieder aus der Eurostat-Datenbank entfernt (vgl. dazu auch die Pressemitteilung des ifo Instituts vom 7. Mai 2014: »ifo Präsident Sinn wirft EU Schönfärberei vor«).

Europäischen Union im Jahr 2013. Griechenland verzeichnete mit 175,1% die höchste Schuldenstandsquote, gefolgt von Italien mit 132,6%, Portugal mit 129% und Irland mit 123,7%. Die niedrigsten Schuldenstandsquoten in der Europäischen Union hatten Estland mit 10%, Bulgarien mit 18,9% und Luxemburg mit 23,1%. Die durchschnittliche Schuldenstandsquote betrug 60,6% in Ländern mit linken Regierungen und 70,4% in Ländern mit rechten Regierungen im Jahr 2013. Dieser erste Befund mag dem Zitat Junckers widersprechen. Jedoch zeigt der Vergleich der Schuldenstandsquoten im Jahr 2013 keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Ländern mit rechten und linken Regierungen.

Die Staatsverschuldung wird über viele Jahre hinweg aufgebaut, und neue Regierungen »erben« die Staatsverschuldung der vorangegangenen Regierungen. Insofern kann eine Regierung, die erst kurze Zeit im Amt ist, kaum für die Schuldenstandsquote verantwortlich gemacht werden. In Griechenland, Portugal, Zypern und Spanien folgten seit dem Jahr 2011 Koalitionen der Mitte oder rechte Regierungen auf linke Regierungen. In Griechenland wurde im Jahr 2012 die Übergangsregierung unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Loukas Papadimos, der im Jahr 2011 dem zurückgetretenen Giorgos Andreas Papandreu von der sozialdemokratischen Panellinio Sosialistiko Kinima (PASOK) gefolgt war, durch eine Koalition der Mitte aus der liberal-konservativen Nea Dimokratia (ND), der PASOK und der Dimokratiki Aristera unter dem Ministerpräsidenten Andonis Samaras (ND) abgelöst. In Portugal folgte im Jahr 2011 Pedro Passos Coelho von der konservativ-liberalen Partido Social Democrata als Regierungschef auf den zurückgetretenen José Sócrates von der sozialdemokratischen Partido Socialista. In Zypern folgte im Jahr 2013 Nicos Anastasiades von der konservativen Democratic Rally als Präsident auf Dimitris Christofias von der kommunistischen Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou. In Spanien folgte im Jahr 2011 Mariano Rajoy von der konservativen Partido Popular als Ministerpräsident auf José Luis Rodríguez Zapatero von der sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español. In Italien dagegen wurde im Jahr 2013 Enrico Letta von der sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) Ministerpräsident in einer Koalition der Mitte mit der konservativen Popolo della Libertà (PdL) und der liberalen Scelta Civica. Er folgte dem parteilosen Mario Monti, der im Jahr 2011 auf den zurückgetretenen Silvio

Abb. 2

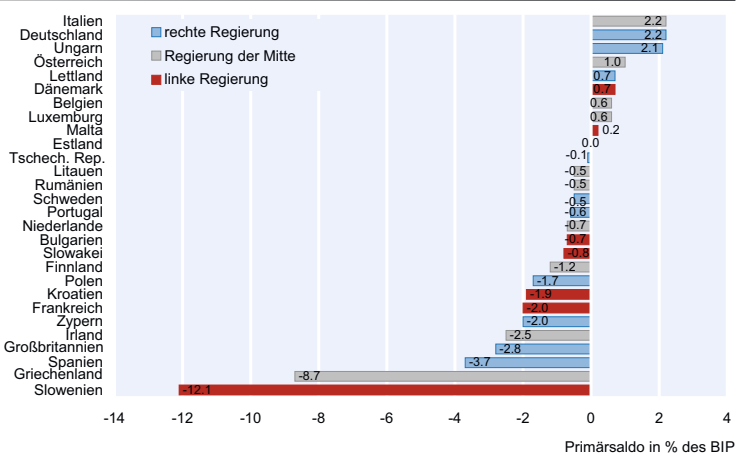
Finanzierungssaldoquoten und Regierungsideologie in den Ländern der EU 28 2013



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3

Primärsaldoquoten und Regierungsideologie in den Ländern der EU 28 2013



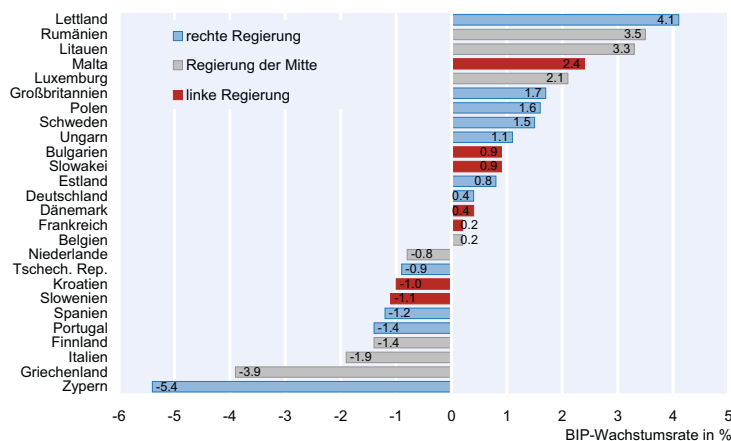
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Berlusconi (PdL) gefolgt war.⁶ Die Momentaufnahme des Jahres 2013 beinhaltet also gerade in den hochverschuldeten südeuropäischen Ländern frische Regierungswechsel von linken Regierungen zu rechten Regierungen und Regierungen der Mitte (Italien ist die Ausnahme).

Abbildung 2 zeigt die Finanzierungssalden und Abbildung 3 die Primärsalden (Finanzierungssalden exklusive Zinsausgaben) der Länder der Europäischen Union im Jahr 2013 als Anteil am BIP (Finanzierungssaldoquote und Primärsaldoquote). Slowenien verzeichnete mit -14,7% die niedrigste Finanzierungssaldoquote und mit -12,1% die niedrigste Primärsaldoquote. Die zweitniedrigste Finanzierungssaldo- bzw. Primärsaldoquote verzeichnete Griechenland mit -12,7% bzw. -8,7%. Die drittniedrigste Finanzierungssaldoquote verzeichnete Irland mit -7,2% und die drittnied-

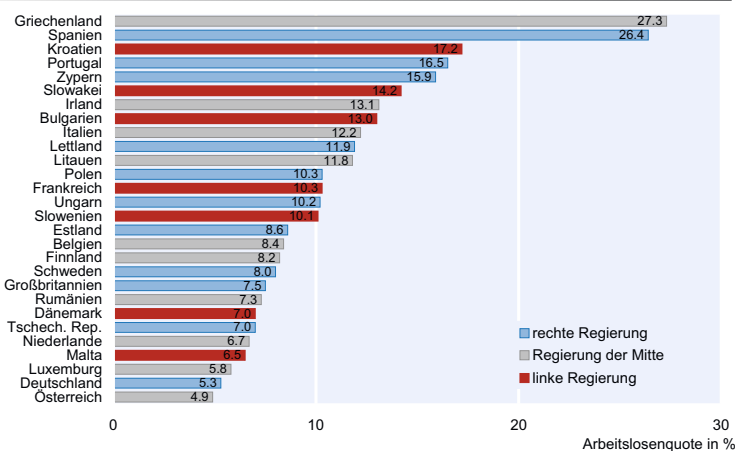
⁶ Im Jahr 2014 wurde Enrico Letta durch Matteo Renzi (PD) abgelöst.

Abb. 4

Wachstumsraten des BIP und Regierungsideologie in den Ländern der EU 28 2013

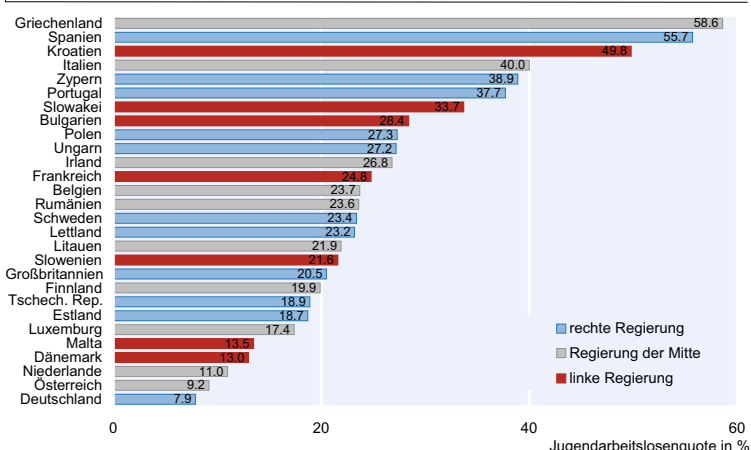
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5

Arbeitslosenquoten und Regierungsideologie in den Ländern der EU 28 2013

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 6

Jugendarbeitslosenquoten und Regierungsideologie in den Ländern der EU 28 2013

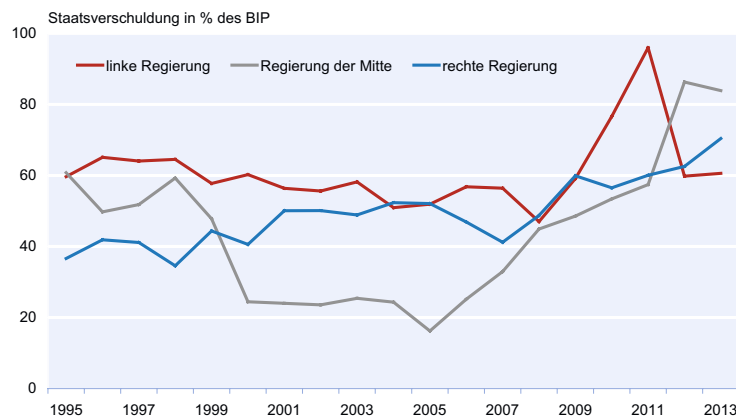
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

rigste Primärsaldoquote verzeichnete Spanien mit – 3,7%. Luxemburg ist das einzige Land, das mit 1% eine positive Finanzierungssaldoquote erreichte. Deutschland wies einen ausgeglichenen Haushalt vor. Einen Primärüberschuss erwirtschafteten acht Länder. Dabei konnten Italien mit 2,2%, Deutschland mit 2,2% und Ungarn mit 2,1% die höchsten Primärsaldoquoten vorweisen. Mit Slowenien hatte im Jahr 2013 eine linke Regierung die niedrigste Finanzierungssaldoquote, während Länder mit rechten Regierungen, wie beispielsweise Deutschland und Ungarn, Primärüberschüsse erwirtschaften konnten. In der Gesamtschau der europäischen Länder lassen sich für das Jahr 2013 jedoch keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen rechten und linken Regierungen feststellen. Die durchschnittliche Finanzierungssaldoquote betrug im Jahr 2013 – 4,5% für Länder mit linken Regierungen und – 3,0% für Länder mit rechten Regierungen, die durchschnittliche Primärsaldoquote betrug – 2,4% für Länder mit linken Regierungen und 0,6% für Länder mit rechten Regierungen.

Abbildung 4 zeigt das Wirtschaftswachstum als jährliche Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts. Am stärksten wuchs die Wirtschaft im Jahr 2013 in Lettland (4,1%), Rumänien (3,5%) und Litauen (3,3%). Am stärksten schrumpfte die Wirtschaft in Zypern (– 5,4%), Griechenland (– 3,9%) und Italien (– 1,9%). Die durchschnittliche Wachstumsrate betrug 0,4% für Länder mit linken Regierungen und 0,2% für Länder mit rechten Regierungen. Die Unterschiede zwischen rechten und linken Regierungen sind statistisch nicht signifikant.

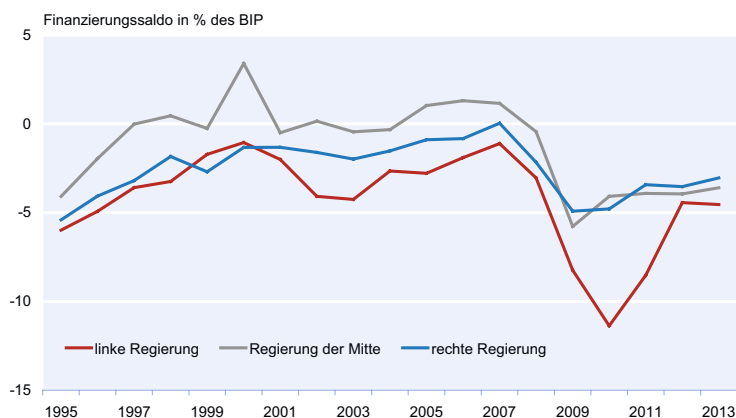
Die Abbildungen 5 und 6 zeigen die Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquoten im Jahr 2013. Am höchsten lagen die Arbeitslosen- und die Jugendarbeitslosenquoten in Griechenland mit 27,3% und 58,6%, Spanien mit 26,4% und 55,7% und Kroatien mit 17,2% und 49,8%. Österreich verzeichnete mit 4,9% die niedrigste Arbeitslosenquote, während Deutschland mit 7,9% die niedrigste Jugendarbeitslosenquote vorwies. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug 11,2% für Länder mit linken Regierungen und 11,6% für Länder mit rechten Regierungen, und die durchschnittliche Jugendar-

Abb. 7

Durchschnittliche Schuldenstandsquoten nach Regierungsideologie in den Ländern der EU 28, 1995–2013

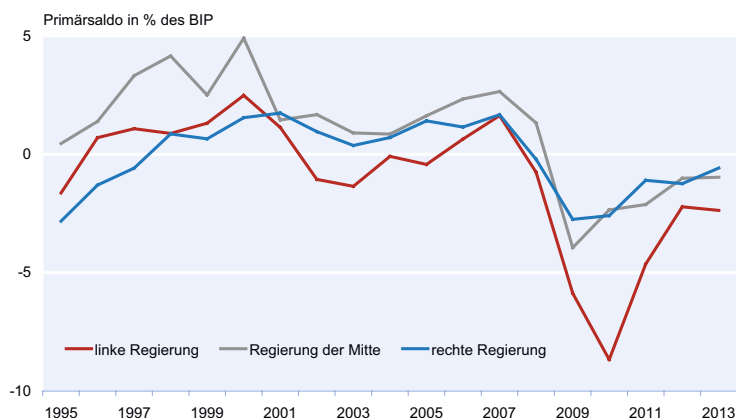
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 8

Durchschnittliche Finanzierungssaldoquoten nach Regierungsideologie in den Ländern der EU 28, 1995–2013

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 9

Durchschnittliche Primärsaldoquoten nach Regierungsideologie in den Ländern der EU 28, 1995–2013

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

beitslosenquote betrug 26,4% für Länder mit linken Regierungen und 27,2% für Länder mit rechten Regierungen. Die Unterschiede zwischen rechten und linken Regierungen sind statistisch nicht signifikant.

Zeitreihen 1995–2013

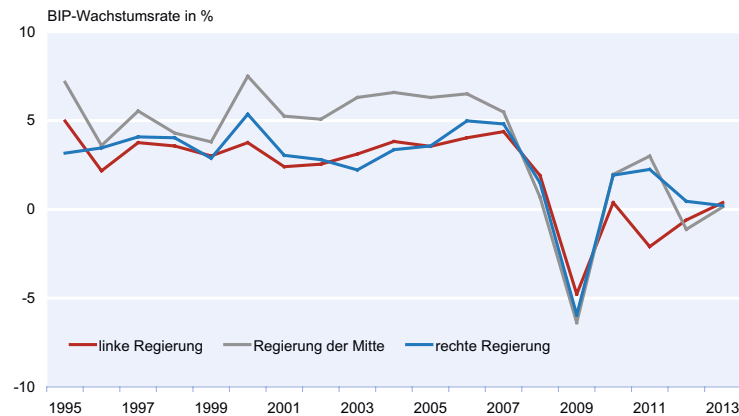
Wir untersuchen auch, ob die makroökonomischen Kennzahlen im Zeitraum 1995–2013 bei unterschiedlicher Regierungsideologie systematisch variiert haben. Abbildung 7 bis Abbildung 12 zeigen die Mittelwerte der Staatsschuldenquote, Finanzierungssaldoquote, Primärsaldoquote, Wirtschaftswachstumsrate, Arbeitslosenquote und Jugendarbeitslosenquote, je nach Regierungsideologie. Die blaue Linie zeigt jeweils den Mittelwert für Länder, die im entsprechenden Jahr eine rechte Regierung hatten, und die rote Linie zeigt den Mittelwert für Länder unter linken Regierungen. Der Mittelwert für Länder unter Regierungen der Mitte ist in grau abgetragen. Unser Hauptaugenmerk liegt – entsprechend Junckers Zitats – auf dem Vergleich rechter und linker Regierungen.

Für die finanzpolitischen Kennzahlen Schuldenstandsquote, Finanzierungssaldoquote und Primärsaldoquote wird das Zitat Junckers grundsätzlich bestätigt.⁷ In den meisten Jahren lag die mittlere Schuldenstandsquote rechter Regierungen unter der mittleren Schuldenstandsquote linker Regierungen (vgl. Abb. 7). Die Differenz der Mittelwerte zwischen linken und rechten Regierungen über den gesamten Beobachtungszeitraum ist statistisch signifikant zum 5%-Niveau (vgl. Tab. 1, Spalte 7). Bemerkenswert ist der deutliche Rückgang der durchschnittlichen Schuldenstandsquote unter linken Regierungen vom Jahr 2011 auf das Jahr 2012. Der Rückgang kann mit den vielen Regierungswechseln von linken Regierungen mit hoher Staatsverschuldung zu Regierungen der Mitte in diesen Jahren erklärt werden. Die Finanzierungssaldoquote und die Primärsaldoquote sind seit 2001 im Mittel durchgehend höher unter rechten Regierungen als unter linken Regierungen (vgl. Abb. 8 und Abb. 9).

⁷ Die Varianzanalyse (Tab. 1, Spalte 4) zeigt, dass sich für die Variablen Schuldenstandsquote, Finanzierungssaldoquote und Primärsaldoquote die Mittelwerte der drei Ideologietypen signifikant voneinander unterscheiden.

Abb. 10

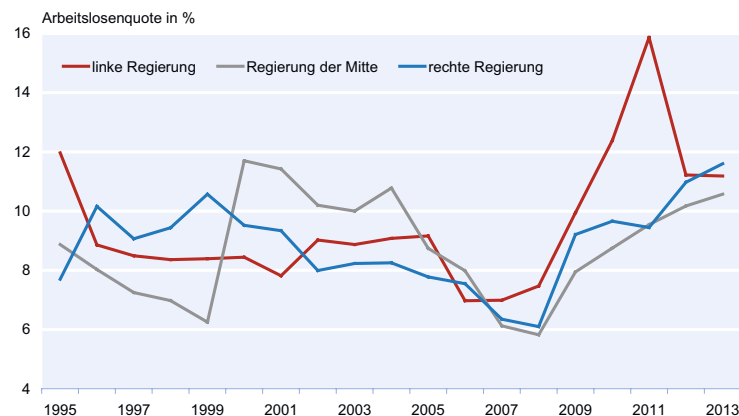
Durchschnittliche BIP-Wachstumsraten nach Regierungsideologie in den Ländern der EU 28, 1995–2013



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 11

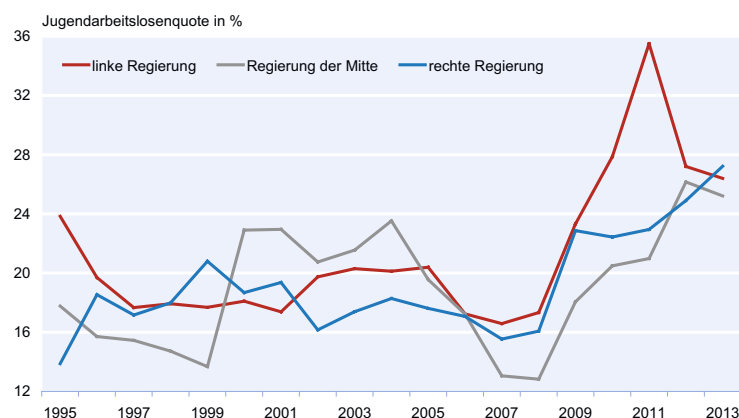
Durchschnittliche Arbeitslosenquoten nach Regierungsideologie in den Ländern der EU 28, 1995–2013



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 12

Durchschnittliche Jugendarbeitslosenquoten nach Regierungsideologie in den Ländern der EU 28, 1995–2013



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Differenz der Mittelwerte der Finanzierungssaldoquote zwischen linken und rechten Regierungen ist statistisch signifikant zum 5%-Niveau (vgl. Tab. 1, Spalte 7).

Für die BIP-Wachstumsraten ergibt sich ein weniger eindeutiges Bild. Die durchschnittlichen Wachstumsraten beider Ländergruppen liegen nahe beieinander (vgl. Abb. 10). Ab dem Jahr 2010 liegt die mittlere Wachstumsrate von Ländern unter rechten Regierungen jedoch über derjenigen von Ländern mit linken Regierungen. Die Differenz der Mittelwerte zwischen linken und rechten Regierungen ist statistisch nicht signifikant.

Die mittlere Arbeitslosenquote und die mittlere Jugendarbeitslosenquote von Ländern mit rechten Regierungen lagen im Zeitraum zwischen 2002 und 2011 fast durchgehend unter den Quoten von Ländern mit linken Regierungen (vgl. Abb. 11 und Abb. 12). In den Jahren 2012 und 2013 sind die Quoten in beiden Ländergruppen jedoch wieder fast identisch. Vor dem Jahr 2001 waren die Quoten in Ländern mit rechten Regierungen teilweise höher als in Ländern mit linken Regierungen. Die Differenz der Mittelwerte ist statistisch nicht signifikant. Für die Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote trifft Junckers Zitat also nur eingeschränkt zu.

Schlussfolgerungen

Ob Regierungen unterschiedlicher parteipolitischer Zusammensetzung auch unterschiedliche Wirtschaftspolitiken betreiben, wird seit Jahren in der polit-ökonomischen Forschung untersucht. Zwar zeigen die Ergebnisse dieser früheren Studien, dass es in Industrieländern seit Ende des Kalten Krieges kaum Unterschiede zwischen linken und rechten Regierungen in der Wirtschaftspolitik gab und werfen insofern Zweifel an der Aussage Junckers auf. Allerdings gibt es für die erst kürzlich vergangenen Jahre keine empirischen Studien, da für diesen Zeitraum noch keine Daten vorlagen. Juncker könnte also gerade unter Berücksichtigung gegenwärtiger Entwicklungen durchaus Recht haben.

Wir haben neueste Daten makroökonomischer Kennzahlen inklusive des Jahres 2013 deskriptiv untersucht. Für die finanzpoliti-

Tab. 1
Kennzahlenvergleich verschiedener Regierungstypen

	Mittelwert			Varianzanalyse	Einzelne Tests		
	Links	Mitte	Rechts	F-Test	Links – Mitte	Rechts – Mitte	Links – Rechts
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Staatsverschuldung	59,4	48,9	50,6	5,49*** (0,004)	10,53** (0,017)	– 1,74 (0,886)	8,80** (0,020)
Finanzierungssaldo	– 3,7	– 1,8	– 2,6	9,98*** (0,000)	– 1,91*** (0,000)	0,79 (0,174)	– 1,13** (0,012)
Primärsaldo	– 0,5	0,5	– 0,2	2,76* (0,064)	– 1,05* (0,065)	0,65 (0,311)	– 0,40 (0,588)
BIP-Wachstum	2,5	2,9	2,5	0,64 (0,526)	– 0,41 (0,650)	0,46 (0,553)	0,05 (0,991)
Arbeitslosenquote	9,0	8,6	8,9	0,33 (0,717)	0,40 (0,738)	– 0,33 (0,800)	0,07 (0,987)
Jugendarbeitslosenquote	20,1	18,9	19,7	0,54 (0,583)	1,17 (0,587)	– 0,79 (0,766)	0,37 (0,929)

Anmerkung: */**/** implizieren das Verwerfen der Nullhypothese auf 10%-, 5%-, 1%-Signifikanzniveau. In Spalte (4) sind die Werte der F-Statistiken sowie in Klammern die p-Werte angegeben. In Spalten (5) bis (7) sind die jeweilige Differenz der Mittelwerte sowie in Klammern die p-Werte angegeben. Die p-Werte in Spalten (5) bis (7) beziehen sich auf den Test von Scheffé (1953).

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

schen Kennzahlen Schuldenstandsquote und Finanzierungssaldoquote wird Junckers Zitat bestätigt. In den meisten Jahren lag die mittlere Schuldenstandsquote rechter Regierungen unter der mittleren Schuldenstandsquote linker Regierungen. Die Finanzierungssaldoquote ist seit 2000 im Mittel durchgehend höher unter rechten Regierungen als unter linken Regierungen. Im Jahr 2013 sind die Unterschiede jedoch wieder zurückgegangen. Auch die Primärsaldoquote ist seit 2001 im Mittel durchgehend höher unter rechten Regierungen als unter linken Regierungen, der Unterschied der Mittelwerte über den gesamten Beobachtungszeitraum ist jedoch nicht statistisch signifikant. Junckers Zitat lässt sich für die Primärsaldoquote demnach nur eingeschränkt bestätigen. Für die BIP-Wachstumsrate lässt sich Junckers Zitat nicht bestätigen, und für die Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenquote trifft Junckers Zitat nur eingeschränkt zu.

Unsere Analysen sind rein deskriptiv. Um belastbare Aussagen zum Einfluss von Regierungsideologie auf makroökonomische Kennzahlen treffen zu können, sind ökonometrische Modelle nötig, in denen für verschiedenste andere Einflussgrößen auf die jeweiligen makroökonomischen Kennzahlen kontrolliert wird und die den Wirkungsmechanismus von Regierungsideologie auf die jeweiligen makroökonomischen Kennzahlen identifizieren. Möglicherweise stellt die Finanz- und Schuldenkrise einen Wendepunkt dar, und wir erleben in Zukunft wieder deutlich unterschiedliche Wirtschaftspolitiken unter linken und rechten Regierungen, die sich auch in den wirtschaftlichen Daten niederschlagen.

Literatur

- Alesina, A. (1987), »Macroeconomic policy in a two-party system as a repeated game«, *Quarterly Journal of Economics* 102, 651–678.
- Clark, W.R., M. Golder und S.N. Golder (2002), »Fiscal policy and the democratic process in the European Union«, *European Union Politics* 3, 205–230.
- de Haan, J. und J. Klomp (2013), »Conditional political budget cycles: A review of recent evidence«, *Public Choice* 157, 387–410.
- de Haan, J. und J.-E. Sturm (1994), »Political and institutional determinants of fiscal policy in the European community«, *Public Choice* 80, 157–172.
- EU-Kommission (2014), *European Economic Forecast*, Frühjahr 2014, Brüssel.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2014), *Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Politik*, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Berlin.
- Hibbs, D.A. Jr. (1977), »Political parties and macroeconomic policy«, *American Political Science Review* 71, 1467–1487.
- Hicks, A. und D. Swank (1992), »Politics, institutions, and welfare spending in industrialized democracies, 1960–1982«, *American Political Science Review* 86, 658–674.
- Kauder, B., B. Larin und N. Potrafke (2014), »Was bringt uns die große Koalition? Perspektiven der Wirtschaftspolitik«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15, 88–101.
- Klomp, J. und J. de Haan (2013), »Political budget cycles and election outcomes«, *Public Choice* 157, 245–267.
- Mink, M. und J. de Haan (2006), »Are there political budget cycles in the Euro area?«, *European Union Politics* 7, 191–211.
- Moessinger, M.-D. (2014), »Do the personal characteristics of finance ministers affect changes in public debt?«, *Public Choice*, im Erscheinen.
- Potrafke, N. (2009), »Did globalization restrict partisan politics? An empirical evaluation of social expenditures in a panel of OECD countries«, *Public Choice* 140, 105–124.
- Potrafke, N. (2012), »Is German social policy politically controversial?«, *Public Choice* 153, 393–418.

Potrafke, N., M. Riem und C. Schinke (2014), »Debt brakes in the German states: Which governments take budget consolidation seriously?«, ifo Institut, mimeo.

Reischmann, M. (2014), »Staatsverschuldung in Extrahaushalten: Historischer Überblick und Implikationen für die Schuldenbremse in Deutschland«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, im Erscheinen.

Scheffé, H. (1953), »A method for judging all contrasts in the analysis of variance«, *Biometrika* 40, 87–110.